

Arbeitskreis gewaltfrei grün

Die Stimme des aktiven Pazifismus bei Bündnis90/Die Grünen

Politischer Grundkonsens (beschlossen am 12.01.2023)

Aktiver Pazifismus

Aktiver Pazifismus zeigt sich in dem Bemühen, Feindbilder und Spaltungsprozesse zu überwinden. Diese pazifistische Haltung benötigt Selbstvertrauen, Selbstreflexion und Konfliktfähigkeit. Pazifismus ist deshalb keineswegs mit Passivität gleichzusetzen. Aktiver Pazifismus engagiert sich für Deeskalation und Gewaltminimierung. Das politische Handeln orientiert sich dabei an einer Friedenslogik, die die Interessen und Bedrohungswahrnehmungen aller Beteiligten berücksichtigt. Aktiver Pazifismus setzt sich ein für eine gewaltfreie Konfliktkultur, für allgemeine Abrüstung und ein internationales Gewaltmonopol, für soziale Gerechtigkeit und faire weltweite Zusammenarbeit, sowie für die Funktionsfähigkeit des globalen Ökosystems, um so die Menschheit „vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ (UN-Charta).

Die Grünen und die Gewaltfreiheit

Die Friedensbewegung bildet einen wesentlichen Wurzelgrund der grünen Parteigründung. Maßgebliche Gründungspersonen der Grünen wie Petra Kelly und Roland Vogt waren engagierte und überzeugende Vertreter/innen eines aktiven Pazifismus. Als einer von vier Grundwerten prägte Gewaltfreiheit folglich die Anfänge der grünen Partei. Später brachte Bündnis 90 die Erfahrungen des gewaltfreien Umbruchs in der DDR in die neue gemeinsame Partei ein.

Mit Beginn ihrer ersten Regierungsbeteiligung auf Bundesebene im Oktober 1998 mussten Bündnis90/Die Grünen sich sofort mit der sich zuspitzenden Kosovokrise befassen. Die Partei führte quasi stellvertretend für die Gesellschaft eine Debatte über das Spannungsverhältnis zwischen gewaltfreien Grundüberzeugungen und der Option, den befürchteten erneuten Völkermord im ehemaligen Jugoslawien durch ein militärisches Eingreifen zu verhindern. Es galt, unter realpolitischen Bedingungen eine sofort umsetzbare Entscheidung zu treffen. Der Beschluss auf dem Sonderparteitag in Bielefeld im Mai 1999 war aber auch geprägt von dem Bemühen, sich für andere Sachgebiete die gerade erst errungenen Gestaltungschancen des grünen Mitregierens zu erhalten. Inhaltlich bedeutete die Parteitagsentscheidung eine Unterordnung der Gewaltfreiheit unter die Menschenrechte, die seitdem die grüne Politik mehr und mehr prägt.

Andererseits wurde im Grundsatzprogramm von 2002 mit „Politik für Gewaltfreiheit“ eine griffige Formulierung gefunden, um weiterhin friedensfördernde Politik und den Auf- und Ausbau entsprechender Strukturen als eine wesentliche Gestaltungsaufgabe der grünen Partei festzuschreiben. Dieser Ansatz wurde später auch in das Grundsatzprogramm von 2020 übernommen: „Der Einsatz für eine Kultur der Gewaltfreiheit umfasst als wichtige Querschnittsaufgabe weit mehr als den Bereich der Außenpolitik. (...) Ziel bleibt, durch eine Politik für Gewaltfreiheit mittel- und langfristig die politische Institution des Krieges zu überwinden.“ (Grundsatzprogramm 2020, Absatz 51)

Politik für Gewaltfreiheit ...

Technologische Entwicklungen haben die Welt zum globalen Dorf schrumpfen lassen. Gerade der Klimawandel hält sich nicht an die Grenzen von Nationalstaaten oder Bündnissystemen. Deshalb gilt: Entweder die Menschen lernen, sich als Menschheit zu begreifen und solidarisch zu organisieren oder die Gattung Mensch wird auf diesem Planeten keine große Zukunft haben.

Im Jahr 1795 erschien Immanuel Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“, in der er allgemeine Abrüstung und die Errichtung einer Internationalen Organisation forderte. Die Charta der Vereinten Nationen wurde wesentlich von dieser Schrift beeinflusst. Das allgemeine Gewaltverbot, das 1945 als Konsequenz aus zwei furchtbaren Weltkriegen in der UN-Charta festgeschrieben wurde, stellt eine große zivilisatorische Errungenschaft und einen bedeutenden völkerrechtlichen Fortschritt dar. Damit wurde ein wichtiger Schritt getan, um dem Krieg im öffentlichen Bewusstsein seine Selbstverständlichkeit als Mittel der Politik zu entziehen. Krieg ist gerade im Unterschied zu Aggression nicht die Folge einer unabänderlichen Natur des Menschen. Krieg ist vielmehr

eine staatliche und politische Einrichtung: Krieg hat Rüstungsproduktion, militärische Ausbildung, ideologische Begründungen und griffige Feindbilder zur Voraussetzung.

Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt bedeutet Leid und Zerstörung und bleibt unabhängig von ihren Zielen ein großes Übel. Militärfixierte Sicherheitspolitik geht einher mit permanenter Aufrüstung und enormer Ressourcenverschwendung auf Kosten sozialer und nachhaltiger Entwicklung. Unter den Gegebenheiten modernen Lebens bedeutet Krieg die Zerstörung der Grundlagen der Zivilisation. Moderne Städte und hochrisikotechnologische Anlagen wie Atomkraftwerke oder auch die digitale Infrastruktur sind militärisch nicht zu verteidigen. Im Atomzeitalter droht darüber hinaus durch jeden Krieg, an dem eine Atommacht beteiligt ist, die Zerstörung der Grundlagen menschlichen Lebens auf unserer einen Erde. Daraus folgt: Krieg kann und darf kein normales Mittel der Politik sein.

Wir leben allerdings in einer Übergangszeit, in der die Institutionen gemeinsamer Sicherheit noch mangelhaft sind. In begründeten Einzelfällen kann es deshalb notwendig sein, militärische Einsätze mitzutragen, wenn sie vom UN-Sicherheitsrat gebilligt wurden. Auch im Verteidigungsfall ist vor allem der UN-Sicherheitsrat gefordert, für die Wiederherstellung des Friedens zu sorgen (UN-Charta, Art. 51). Wenn der Sicherheitsrat anhaltend blockiert ist, soll an seiner Stelle – auch wenn in der UN-Charta so noch nicht vorgesehen – die Generalversammlung mit qualifizierter Mehrheit Maßnahmen beschließen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei konkreten Entscheidungssituationen Dilemmata einer Politik für Gewaltfreiheit, die sich aus der unausgereiften globalen Zusammenarbeit ergeben, gewaltfrei und ohne Polemik debattiert werden.

Gewaltfreie Politik setzt ein gewaltfreies gesellschaftliches Bewusstsein voraus. Gewaltfreie Politik kann deshalb nicht als Regierungsprogramm „von oben“ verordnet werden, sondern muss sich zunächst als gesellschaftliches Umdenken „von unten“ entwickeln. Politische Entscheidungsmacht kann allerdings Strukturen schaffen, die zivile Konfliktbearbeitung und gewaltfreies Handeln ermöglichen, und diese durch ihre Finanzentscheidungen stärken. Außerdem kann sie Initiativen für Entspannung und Zusammenarbeit ergreifen und Friedensnarrative prägen. Wir wollen in Gesellschaft und Politik eine entsprechende Umorientierung fördern, damit gewaltfreie Konflikttransformation zur Selbstverständlichkeit wird!

... als Querschnittsaufgabe

Im Sinne eines aktiven Pazifismus verstehen wir Politik für Gewaltfreiheit als Querschnittsaufgabe. Sie betrifft nicht nur den Bereich „Frieden“ und „Internationales“, sondern auch Politikfelder wie „Handel“ und „Wirtschaft“, „Bildung“ und „Forschung“, „Gleichberechtigung“ und „Familie“, „Demokratie“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ u.v.m.

Zur Prävention von Gewalt gehört die Auseinandersetzung mit Kolonialismus, Rassismus und Patriarchat, deren Folgen bis heute fortwirken. Friedensfördernde Politik bedarf der Bearbeitung kollektiver Traumata sowie der innergesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Versöhnung. Eine Welt ohne Krieg setzt Frieden unter den Religionen voraus. Der Dialog der Religionen kann gemeinsame Grundüberzeugungen herausarbeiten und die Möglichkeiten aller Religionen stärken, zu Vergebung zu ermutigen.

Eine wesentliche Voraussetzung für gewaltfreie internationale Politik ist der Abbau der eklatanten wirtschaftlichen Ungleichheit zwischen Arm und Reich auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Faire internationale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sind dafür unumgänglich.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen vermindert die Gefahr gewaltvoller Konflikte und Kriege. Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes dämpfen nicht nur die Folgen der Klimakatastrophe, sondern dienen auch der Krisen- und Kriegsprävention. Der ökologische und nachhaltige Umbau der Wirtschaft fördert gleichzeitig den Frieden.

Als pazifistische und friedensbewegte Grüne – Parteimitglieder und Parteilose – wollen wir der Stimme des aktiven grünen Pazifismus sowohl innerhalb der Partei Bündnis90/Die Grünen als auch in der Öffentlichkeit deutlich Gehör verschaffen. Politik für Gewaltfreiheit ist für uns die entscheidende Leitlinie bündnisgrüner Politik. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Krieg.

Erstunterzeichnung: Thomas Mohr, Nicole Lauterwald, Kerstin Täubner-Benicke, Martin Pilgram, Maria Feckl, Erich Hinderer, Eberhard Müller, Josef Raab, Elmar Rachle. Außerdem (Stand: 09.04.2023): Ulrike Adldinger, Wolf-Christian Bleek, Max Fey, Ursula Frey, Antje Heinrich, Florian Hönicke, Marcus v. Jordan, Anja Kiemle, Hans Kohl, Stephen Kossegi, Stefan Muck, Verena Putzo-Kistner, Belinda Torle, Angelika Wilmen